

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE**Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen für die Jahre 2014 und 2015****Reduzierte Zinsausgaben**

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

- I. Der Produktgruppenhaushalt wird wie folgt geändert:

	Nr.	Bezeichnung
Produktplan:	93	Zentrale Finanzen
Produktbereich:	93.01	Zentrale Finanzen
Produktgruppe:	93.01.02	Kredite, zentrale Zinseinnahmen/-ausgaben

Der Anschlag bei den Zinsausgaben wird für das Jahr 2014 von 585 868 T€ um 25 000 T€ auf 560 868 T€ reduziert.

Der Anschlag bei den Zinsausgaben wird für das Jahr 2015 von 596 709 T€ um 25 000 T€ auf 571 709 T€ reduziert.

Erläuterung

Zurzeit werden für zehnjährige Kredite Zinsen von ca. 2 % p. a. verlangt, für sechsmonatige Kredite von nur 0,35 % p. a. Solange die Wirtschaft in Gesamteuropa kaum wächst und die EZB dies mit niedrigsten Leitzinsen begleitet, ist von einer Fortsetzung dieses niedrigen Zinsniveaus zu rechnen. In dieser Hinsicht sind die eingestellten Anschläge für Zinsausgaben äußerst konservativ. Nach heutigem Stand sind Zinszahlungen unter 500 Mio. €/Jahr durchaus im Bereich des Möglichen. Dazu kommt, dass der Senat durch ein aktiveres Schuldenmanagement zusätzlich die Differenz zwischen den Zinsen für zehnjährig und sechsmonatig festgelegte Kredite stärker ausnutzen könnte und sollte. Solange das Zinsniveau auf dem augenblicklichen niedrigen Niveau bleibt und keine systematischen Anzeichen für eine längerfristige Steigerung erkennbar sind, sollten alle umgeschlagenen Kredite zum variablen Zinssatz angelegt werden. Dies würde 2014 zu weiteren Zinsminderungen von 40 Mio. € und 2015 von 80 Mio. € führen. Vor diesem Hintergrund ist es auch unter berechtigter konservativer Veranschlagung zulässig, die Anschläge um je 25 Mio. € zu verringern.

Die prognostizierten Zinsausgaben in Produktplan 93 sind „nicht eckwertrelevant“ und daher nicht explizit in den Haushaltsanschlägen enthalten. Sie sind aber unverzichtbar für die Bestimmung der Kreditneuaufnahme und damit der sanierungspfadrelevanten Neuverschuldung im Haushaltsgesetz. Auch der Senat hat in seinen Beschlüssen zur Änderung des eingereichten Haushalts vom 5. November 2013 zusätzliche Ausgaben mit der Absenkung von Zinsanschlägen gegenfinanziert.

Klaus-Rainer Rupp,
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE